

## Verbot von 'Killerspielen'

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig spricht sich gegen ein generelles Verbot der mit pejorativer Konnotation als „Killerspiele“ bezeichneten Computerspiele aus und fordert eine objektive und differenzierte gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema.“

### **Begründung:**

Computerspiele sind inzwischen genauso wie andere Medien Teil der Alltagskultur in unserer Gesellschaft, mit dem Unterschied, dass die öffentliche Diskussion über Computerspiele, anders als etwa bei Filmen, sich in „schwarz-weiß Malerei“ verfängt und von einer differenzierten Betrachtung weit entfernt ist. So werden nach den tragischen Ereignissen in Winnenden nun die Stimmen, die ein Verbot der vermeintlich als Ursache ausgemachten Computerspiele fordern, lauter. Dabei ist ein Kausalzusammenhang zwischen einer Affinität zu Computerspielen und sozial auffälligen Verhalten wissenschaftlich nicht herstellbar und erst recht nicht zwischen Amoklauf und Computerspielen. In Deutschland beschäftigt sich ein sehr großer Teil der, insbesondere männlichen, Heranwachsenden mit Computerspielen. Dennoch bleiben schreckliche Gewalttaten wie zuletzt in Winnenden Einzelfälle, in denen die Ursache zuerst in der jeweiligen sozialen Umgebung und den Umständen liegt. Besonders die fehlerhafte Berichterstattung und Äußerungen diverser Politiker, die bestenfalls als unwissend beschrieben werden können, nehmen dieser Gruppe von vor allem jungen Menschen das Vertrauen in die Politik. Die Junge Union muss sich als Vertreter der jungen Generation gegen diese Verbotsreflexe aus Aktionismus und Unwissenheit stemmen und Objektivität in die Debatte bringen. Dazu gehört sich gegen den Generalverdacht, unter dem eine ganze Generation aufgrund ihrer Freizeitgestaltung steht, entgegen zu wirken und sich gegen ein generelles Verbot von sogenannten „Killerspielen“ auszusprechen. Vielmehr ist auf eine Stärkung der Medienkompetenz der Jugendlichen und Heranwachsenden hinzuwirken. Des Weiteren ist ein Verbot solcher Computerspiele im Zeitalter des Internets nicht durchsetzbar.